

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947**

131 (4.11.1947)

# NEUESTE NACHRICHTEN

## Ein beschämendes Kapitel

Aus dem Zirkel an Sorgen, die uns heute auf allen Gebieten bedrängen, ragt eines wohl ganz besonders hervor: Die Beschaffung des Kartoffelverbrauchs für den Winter. Wer hätte das von uns beschämendes Kapitel, das erst im 16. Jahrhundert nach Europa kam und im Zuge der Industrialisierung und Massierung der Menschen in den Industriezentren im vorigen Jahrhundert sich zur Grundnahrung der mitteleuropäischen Bevölkerung entwickelte, je gedacht? Ihr Vorkommen auch im Haushalt wurde auswie in Kriegzeiten geradezu als etwas Selbstverständliches betrachtet.

Durch die außerordentliche Dürrekatastrophe des vergangenen Sommers und durch die Unmöglichkeit, überschüssige Kartoffeln aus dem Osten nach dem Westen zu transportieren, hat sich die Lage grundlegend geändert. Die Kartoffel ist nun unser größtes Sorgenkind und zugleich zum Thema politischer Auseinandersetzungen des bizonalen Ernährungsamtes mit den Ländern und der Länder untereinander geworden.

Die Schmach um die Grundnahrung unserer städtischen Bevölkerung auf den Feldern und Fluren unseres badischen Landes ist durch den allzu trockenen Sommer verloren gegangen. Dabei hat es der Bauer trotz des Erzeugerpreises keineswegs deckenden Erzeugerpreises von 370 Mark pro Zentner auf dem Aufwand so wenig fehlen lassen wie in den früheren Jahren.

In der Zwischenzeit hatte die politische Schlacht unter Führung des bizonalen Ernährungsamtes in Frankfurt zur gleichmäßigen Versorgung der Normalverbraucher in den Ländern der Bizone besonders auch die sich scheinbar durch Partikularismus und Egoismus einzelner Länder zunächst einmal mit einer Niederlage der bizonalen Organisation genadet zu haben. Dadurch ist besonders Nordbaden in eine schwierige Lage gekommen. Während im normalen Jahren Kartoffelpreise bis zu 250 die ha erzielt wurden, gibt es heute Kartoffelacker, von denen noch nicht einmal das in den Boden gesteckte Saatgut als Ernte gewonnen werden könnte. Ein schwerer Ausfall für die Volksernährung, aber ebenso für die Rentabilität des einzelnen bäuerlichen Betriebs. Durchschnittserträge Nordbadens dürften weit unter 100 Doppelzentner pro ha liegen. Baden war früher nie in der Lage, sich mit Kartoffeln selbst zu versorgen, wird es nie sein, und ist jetzt infolge des ausgesprochenen Mißwachses auf ganz beträchtliche Zuschüsse von außen angewiesen.

Unter dem Zwang, die Verbraucher mit den notwendigen Kartoffeln zu versorgen, hat die zuständige badische Zentralstelle zunächst einmal den Ausfall durch die Umlegung eines außerordentlich großzügigen Kontingents auf die Bauernschaft auszugleichen versucht. Einige einschneidende Maßnahmen sollten die Aufbringung sichern. Die Verfütterung von Kartoffeln, die für die menschliche Ernährung geeignet sind, wurde verboten. Sämtliche Schweine, außer denen, die für die Selbstversorgung benötigt werden, müssen der Schlachtung zugeführt werden. Die Erzeugung der Ernte für die Verbraucher besonders schwierig und die Gefahr der Verschlechterung stärker ist, werden die Erzeugerbetriebe im ganzen Land durch Selbstversorgungskommissionen, unter denen sich Angehörige der Verbraucherschaft und Mitglieder der Gewerkschaft der Großstädte befinden, zu Kontrollzwecken eingesetzt. Dazu wurde die Vorschrift erlassen, daß den Bauern erst Schlachtkontrollkarten ausgestellt werden, wenn sie ihre Ablieferungspflicht erfüllt haben.

Trotz all dieser Maßnahmen fehlen in Nordbaden für die Einkellerung von einem Zentner Kartoffeln nicht weniger als 60 000 t, das sind 1,2 Millionen Zentner. Diese Kartoffeln sind in Nordbaden nicht gewachsen, können deshalb durch die beste Organisation nicht erfaßt und auch nicht verteilt werden. Die Notlage Badens ist evident. Sie könnte nur durch Hilfe der anderen Länder, insbesondere Bayerns und Niedersachsens, einigermaßen abgemildert werden. Der Frankfurter Ernährungsrat kennt diese Situation. Er hat deshalb Niedersachsen verpflichtet, an Baden die fehlenden Mengen zu liefern. Niedersachsen hat, obwohl es seiner Bevölkerung 2 Zentner zur Einkellerung zur Verfügung stellte, sich als außerstande erklärt, dies zu leisten. Die Antwort kam von Bayern, von dem Nordbaden in der Vergangenheit immer wieder auf dem Gebiete der Fettwirtschaft loyal beliefert wurde. Das Ernährungsamte in Frankfurt besitzt zwar keinerlei Exekutive, kann also weder Armeen noch Gerichtsverfugungen nach Niedersachsen oder Bayern zur Einholung der Baden zugesprochenen Kartoffeln entsenden, er hat aber eine scharfe Kontrolle der Erfassungsmethoden und die Kürzung der Zuteilung an Brotgetreide für alle Gebiete, die sich unter dem Vermeidungszweck übertragener Lieferungsverpflichtungen über das zugeständene Normalmaß hinaus mit Kartoffeln versorgen, angeordnet. Aus den dadurch gewonnenen Getreidemengen soll eine Ausgleichsreserve für die Belieferung der benachteiligten Gebiete geschaffen werden. In Nordbaden, aber auch in Baden, nichts anderes über die Forderung nach einer für Württemberg und Baden gleichmäßigen Verteilung. Die württembergische Kartoffelernte liegt, obwohl weit unter dem Durchschnitt, etwa 20 Prozent höher als in Baden. Dazu hat Württemberg, was die Ernte betrifft, Stuttgart, Baden dagegen deren drei mit mehr als 4 Millionen Einwohner zu versorgen. Die Forderung nach gleichmäßiger Behandlung des badischen Landesteils ist in Stuttgart anerkannt, noch aber sind die Folgerungen offenbar nicht ganz gezogen. Alle Fälle muß ein vollgültiger Ausgleich für die benachteiligten Zuschußgebiete folgen. Das ist möglich auf dem Weg über die Getreidereserve, durch Sonderbelieferung aus den 65 Millionen kg Hülsenfrüchten, die aus den Vereinigten Staaten eingeführt wurden und durch die Einkellerung der Schweiz. Ein Ausgleich auf dem Kompensationsweg angeboten beträchtlichen Kartoffelmengen, wozu der Kontrollrat seine Zustimmung zu geben hätte.

Die Kartoffelversorgung des Jahres 1947 ist und bleibt ein beschämendes Kapitel der innerdeutschen Geschichte. Am Ende der Stunde gemeinsam Not das Wenige mit denen zu teilen, die nichts haben, haben sich die Überschubgebiete versorgt und die Zuschußgebiete mehr oder weniger ihrem Schicksal überlassen, hat der Länder- und Gebietsegoismus über die menschliche und moralische Verpflichtung triumphiert. Dem politischen Ansehen der Deutschen wurde damit ein ebenso schlechter Dienst erwiesen wie der Idee eines gesunden Föderalismus, ganz abgesehen von der Kardinalfrage, wie es denn mit dem gottgegebenen Lebensrecht des hungernden Menschen stehe. A. W. B.

## Wirtschaftsminister Dr. H. Veit gibt die Erklärung der württ.-badischen Regierung zum Demontageplan ab

Demontage insbesondere für den Bergbau hervorgehend. Er hoffe, daß der gesunde Menschenverstand zu Wort komme und die Bemühungen der Regierung Erfolg hätten.

Abg. Rueß (KPD) wandte sich dagegen, daß die Demontage zu einer Hetzpropaganda ausgenutzt werde. Er vermisste eine Äußerung des Wirtschaftsministers darüber, wieviel Industrie bereits Maschinen zum Austausch gemeldet hätten. Dann sprach er davon, daß bei dem Demontageplan anscheinend auch ausländische Konkurrenzbestrebungen mit am Werke gewesen seien.

Nachdem die Regierungserklärung einstimmig angenommen wurde, vertagte sich der Landtag auf Freitag, den 7. November.

Das württemberg-badische Wirtschaftsministerium hat die US-Militärregierung in Dena gebeten, 15 Industriebetriebe von der Demontage der württemberg-badischen Regierung zu streichen, bzw. einen Ausgleich vorzunehmen. erklärte hier der württemberg-badische Wirtschaftsminister Dr. Hermann Veit am 31. Oktober.

Der Landerrat hat in seinem Gesundheitsausschuß eine Rauschgiftkontrolle für die amerikanischen Besatzungszonen gebildet. Die Einrichtung erfolgt auf einen Vorschlag der amerikanischen Militärregierung. Aufgabe dieser Rauschgiftkontrolle soll die Koordination der Landratkontrolle sein. Die Länderstelle werde ihre Berichte weiterhin ihrer Landesmilitärregierung übergeben, zugleich aber die Landratskontrolle mit Durchschriften ihrer Berichte versehen. Die Berichte der OMGUS dienen als Unterlagen für Informationen, die die internationale Arzneiorganisation in Genf übermittelt.

Nach einer Dena-Meldung aus Stuttgart können in Württemberg-Baden auch in der 196. Zeitungsperiode 150 Gramm Fett abgegeben werden. So erklärte Ministerialrat Dr. Helmut Eiseemann, vom württemberg-badischen Ernährungsministerium. Jedoch betrügen die Fettpreseren in diesem Jahr nur 11 000 t gegenüber 47 000 t im Vorjahre.

Zur Kartoffelversorgung sagte Dr. Eiseemann, daß in Württemberg-Baden eine weitere Kartoffelzuteilung nicht erfolgen könne. Jedoch werde die Versorgung der Bevölkerung mit dem festgesetzten Zentnerertrag nach dem besten Ermessen fortgesetzt.

Die Fleisch-, Brot- und Zuckerrationen dürften in der bisherigen Höhe beibehalten werden. Wie Dr. Eiseemann abschließend erklärte, können für Jugendliche von 1—20 Jahren für Weihnachten 250 Gramm Bonbons vorbestellt werden.

## 16 europäische Nationen unterbreiten den USA Vorschläge zur Europahilfe

New York, 3. Nov. (Dena-Reuters) Vertreter der 16 europäischen Nationen, die am Marshall-Plan teilnehmen, haben dem amerikanischen Außenminister ein Memorandum übergeben in dem sie ihre Ansichten, wie die amerikanische Hilfe für Europa am wirksamsten überwacht werden könnte, niedergelegt haben. In dem Memorandum wird die Notwendigkeit der Überwachung der Hilfe durch die USA und die 16 europäischen Länder betont, um eine Inflation in den USA und Europa zu bekämpfen, sowie die Notwendigkeit einer Kontrolle zur Sicherung der Wiederaufbaupläne zu unterstützen. Die Überwachung sollte so erfolgen, daß die USA nicht beschuldigt werden können, sich in die inneren Angelegenheiten der europäischen Länder einzumischen.

Eine amerikanische Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten könne das gesamte Programm in Frage stellen. Dazu meldet Dena aus Washington: Die USA sind in der Lage, den Marshallplan zu führen, wenn die europäischen Länder von seinen wirtschaftlichen Beratern am 1. November mitgeteilt. Ein Ausbleiben der Hilfeleistungen für Europa werde sich wahrscheinlich ungünstig auf die amerikanische Wirtschaft auswirken.

## Kommunist oder Sozialist, Russe oder Deutscher?

Berlin, 3. Nov. (Dena) Über seinen Besuch in Amerika, von dem er am 30. Oktober zurückkehrte, sprach der Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, am 31. Oktober bei einer Pressekonferenz vor Vertretern der in- und ausländischen Presse. Die Teilung Deutschlands erklärte er, sei schon stark fortgeschritten. Die SPD habe sich stets gegen eine derartige Teilung gestraut, jedoch hänge die Lösung des Problems nicht vom guten Willen der Deutschen ab.

Im Laufe seiner Ausführungen wandte sich Schumacher scharf gegen den Weltkommunismus, dessen „Herzenzitt“ vorbei sei. Er erklärte: „Wir respektieren wohl das russische Volk, haben aber keine Veranlassung, die russische Verfassung, unter der das russische Volk heute leidet, nach Deutschland zu übertragen.“

Die angekündigten Maßnahmen sollen sich, so heißt es in der Erklärung, „zweifellos ausschließlich gegen die KPD auswirken“. Diese sei, so behauptet die Zonenleitung, schon auf dem Gebiet des Publikationswesens offensichtlich nachteilig worden. Es bestehe die ernste Gefahr, daß durch eine allgemeine antikomunistische Kampagne das deutsche Volk von den dringlichsten Aufgaben der Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands abgelenkt werde.

## Der Friedens-Nobel-Preis

Bad Nauheim, 3. Nov. (Dena) Der Nobel-Friedens-Preis des Jahres 1947 in Höhe von 38 990 Dollar ist der „Gesellschaft der Freunde“ (Quäker-Gesellschaft) zuerkannt worden.

## Im Telegrammstil

Washington. Die USA werden im Dezember dieser Jahres 179 500 t Getreide nach dem anglo-amerikanischen Zone Deutschland und 25 500 t nach dem französischen Zone ausführen. In der Liste der zu beliefernden Länder sind dazu Deutschland an erster Stelle. (Dena-INS)

Washington. England und die USA werden voraussichtlich in der nächsten Woche ein Abkommen wegen der Übernahme von 250 Millionen Dollars britischer Besatzungskosten in Deutschland durch die USA treffen. (AP)

Philadelphia. Das Außenministerium wird den Kongress besonders auffordern, in diesem Jahre noch die Gesetzesvorlage über die Zulassung von jährlich 100 000 Flüchtlingen nach Amerika für die Zeit von vier Jahren anzunehmen. (AP)

Lima. Große Teile Mittelperus wurden am 1. November von einem schweren Erdbeben heimgesucht. Das nach bisherigen Ermittlungen mindestens 41 Tote forderte. (Dena-Reuters)

London. In einer amtlichen Erklärung über die Besprechungen zwischen dem britischen Außenminister Ernest Bevin und dem italienischen Außenminister Graf Carlo Azeglio wurde bekanntgegeben, daß Verhandlungen über einen neuen Handels- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen Großbritannien und Italien geführt werden sollen. (Dena-Reuters)

London. Die Macht des britischen Oberhauses wird nach den Bestimmungen einer

## 15 000 000 Tote und Vermißte im zweiten Weltkrieg

Chicago, 3. Nov. (Dena) Über 15 Millionen Angehörige der bewaffneten Streitkräfte von 57 Nationen, die im 2. Weltkrieg auf beiden Seiten kämpften, wurden getötet oder werden als vermisst gemeldet, berichten die amerikanischen Marshall laut AFP in einem für die vierjährige britische Kriegsgeschichte ausgearbeiteten Artikel.

Die Verluste vertellen sich wie folgt: Sowjetunion 7 500 000, Deutschland 2 900 000, China 2 200 000, Japan 1 500 000, Britische Commonwealth 452 570, Italien 300 000, Vereinigte Staaten 280 000, Frankreich 200 000.

## Der 24. Oktober „Tag der UN“

New York, 3. Nov. (Dena-Reuters) Die Vollversammlung der Vereinten Nationen beschloß, daß der 24. Oktober in Zukunft die amtliche Bezeichnung „Tag der Vereinten Nationen“ erhalten soll.

## Gemeindefürer in England und in Frankreich

London, 3. Nov. (Dena-Reuters) Kurz nach Mitternacht liegen am 2. November folgende Ergebnisse der britischen Gemeindefürerwahlen aus 275 Wahlkreisen vor: Konservativ: Gewinn: 639, Verlust: 18; Labourparty: Gewinn: 43, Verlust: 695; Liberale: Gewinn: 46, Verlust: 47; Unabhängige: Gewinn: 176, Verlust: 135; Kommunisten: Gewinn: Keinen, Verlust: 9.

## Das Rückertgesetz im Parlamentarischen Rat

Stuttgart, 3. Nov. (Eig. Ber. Hue.) Präsident Horlicher (CSU Bayern) gedachte als Vorsitzender des Parlamentarischen Rates in einleitenden Worten der schweren Sorgen, die Parlamente und Regierungen angesichts des herannahenden Winters bedrücke. Er erklärte, ohne außerordentliche Maßnahmen wäre nicht auszukommen.

Der Abg. Möller (SPD Württemberg-Baden) hielt es für dringend erforderlich, in der Landtagssitzung am 4. November General Clay eine kurze Erklärung zu überreichen, in der die Ansicht des Parlamentarischen Rates zu dem Demontageplan festgelegt ist. Diesem Antrag stimmte der Parlamentarische Rat zu.

## Das verschwundene deutsche Fett

Frankfurt, 3. Nov. (-sch-Eig.-Ber.) Die Erklärung des Exekutivrates auf der letzten Pressekonferenz, daß mit einer starken Kürzung der Fetttarife zu rechnen ist, hat die Leiter des Zwickelkontingents, Clavens, Adams und Sir Gordon McCreedy veranlaßt, in einem Brief an den Wirtschaftsrat Aufklärung zu verlangen, wieso nur 15—20 Prozent des in der Bizone erhaltenen Fettes zur Verteilung kommen. Es könne mit Fettimporten nicht gerechnet werden, solange der Bewußtseins deutscher Einheit stand im Mittelpunkt sämtlicher Referate, die am 1. November hier auf der gemeinsamen Presstagung der Verleger und Journalisten aller Zonen gehalten wurden.



General Dwight D. Eisenhower wegen seiner Verdienste um die Befreiung Dänemarks die höchste dänische Auszeichnung in Verbindung mit dem Ehrenritztitel „Ritter des Elefantens“ verliehen. (Dena-Bild)

## Kriegstagebuch General Patton's

General George S. Patton Jr., der im Kriege die dritte amerikanische Armee befehligte und später in Deutschland tödlich verunglückte, schrieb in AP in seinem Kriegstagebuch u. a.: „Mein Hauptinteresse an der Herstellung von Ruhe und Ordnung in Deutschland war, das Land vor dem Kommunismus zu bewahren. Ich fürchte, daß unsere irrinnige und stupide Politik dahin führt, daß sich die Deutschen den Russen verschreiben und somit in ganz Westeuropa ein kommunistischer Staat errichtet wird.“

## Die 1. Phase der Konferenz über Deutschland

London, 3. Nov. (Dena-Reuters) Ein Sprecher des britischen Außenministeriums gab am 31. Oktober bekannt, daß die Namen des französischen und des sowjetischen Vertreters bei der am nächsten Mittwoch beginnenden Konferenz der Sonderbeauftragten für Deutschland jetzt offiziell bekanntgegeben wurden.

Frankreich wird Jacques Tarde de St. Hardoun vertreten sein. Der sowjetische Vertreter ist General Smirnow, der ehemalige sowjetische Militärgouverneur von Berlin. Sir William Strang wird die britische Delegation führen, während Botschafter Robert Murphy die USA vertreten wird.

## Die Ziele der britischen Besatzungspolitik

Berlin, 3. Nov. (Dena) General Sir Brian Robertson sagte am 1. November den Posten des Oberbefehlshabers der britischen Truppen und des britischen Militärgouverneurs in Deutschland als Nachfolger von Sir Sholto Douglas übernommen hat, gab in einer Rundfunkansprache über den deutschsprachigen Dienst von BBC einen Überblick über die britische Besatzungspolitik in Deutschland.

Robertson erklärte, daß die Ziele, die sich Großbritannien zu Beginn seiner Besatzung Deutschlands setzte, im Rahmen der britischen Politik in Europa aufgestellt seien. So trete Großbritannien nicht nur für ein geeintes Deutschland ein, weil es glaube, daß die Deutschen sonst nicht glücklich sein würden, sondern weil die britische Politik die Auffassung vertreten, daß die zukünftige Stabilität Europas ein geeintes Deutschland erfordert.

Auf die Ziele im einzelnen eingehend, erklärte er, daß die „destruktiven Ziele“ der britischen Politik in Deutschland zum großen Teil erreicht seien. Deutschland sei entnazifiziert und der Nationalsozialismus als wirksame Kraft in deutschen Angelegenheiten tot. Auf der konstruktiven Seite bewiesen die Gewerkschaftsbewegungen, die Regierung gewählter Volksvertreter und die liberalen Auffassungen im Erziehungsweesen, daß die Demokratie in den vergangenen zweieinhalb Jahren an Kraft gewonnen habe.

